

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Hannelore Klamm, Ingeborg Sahler-Fesel und Margit Mohr (SPD)

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Geplante Umstrukturierungsmaßnahmen bei der Deutschen Telekom und Auswirkungen auf die Beschäftigten und Standorte in Rheinland-Pfalz

Die Kleine Anfrage 3325 vom 18. November 2010 hat folgenden Wortlaut:

Die Deutsche Telekom beabsichtigt, die bisher an den Standorten Trier, Koblenz, Neustadt an der Weinstraße, Mainz, Bad Kreuznach und Kaiserslautern betriebenen Bereiche Geschäftskundenservice und -vertrieb sowie IT zu zentralisieren. Hierzu sollen bundesweit neun Vertriebs- und Servicezentren sowie 28 Vertriebsbüros eingerichtet und die IT-Teams in fünf Innovationszentren zusammengefasst werden. Ein Großteil der Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz soll voraussichtlich auf andere Standorte außerhalb des Landes, etwa nach Frankfurt/Main und Bonn, verlagert werden. Die Beschäftigten haben zusammen mit den Betriebsräten und Gewerkschaften gegen diese Pläne protestiert. Die Landesregierung hat ihre Unterstützung zugesagt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist nach Kenntnis der Landesregierung der derzeitige Stand der geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen der Deutschen Telekom?
2. Mit welchen Auswirkungen auf die rheinland-pfälzischen Standorte und die Beschäftigten rechnet die Landesregierung?
3. Wie viele Arbeitsplätze im Land sind nach Kenntnis der Landesregierung von den derzeitigen Umstrukturierungsplänen der Deutschen Telekom betroffen?
4. Was hat die Landesregierung bisher im Sinne der rheinland-pfälzischen Standorte und Beschäftigten unternommen?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 8. Dezember 2010 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Von den geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen der Telekom Deutschland GmbH sind nach deren Angaben bis zu 500 Stellen in Rheinland-Pfalz betroffen; am stärksten die Standorte Koblenz mit rd. 250 Stellen und Trier mit rd. 150 Stellen. Eine Auflösung von Standorten sei nicht vorgesehen. Der Stellenumbau solle sozialverträglich erfolgen. Als maximal zumutbare Entfernung zwischen altem und neuem Standort seien tarifvertraglich 120 Minuten vereinbart worden.

Zu Frage 4:

Die Landesregierung ist seit der Ende September 2010 erfolgten Ankündigung der Umstrukturierungspläne mit Vertretern der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeberseite im Gespräch und hat in diesem Zusammenhang deutlich gemacht, dass sie sich entschieden gegen den massiven Stellenwegfall in Rheinland-Pfalz stellt.

Vor diesem Hintergrund wurde der Personalvorstand der Telekom Deutschland GmbH zu einem Gespräch auf Ministerebene eingeladen. Parallel bereitet die Landesregierung derzeit eine Bundesratsinitiative vor, wonach der Bund als größter Anteilseigner der Deutsche Telekom AG zu den Umstrukturierungsplänen sowie der zukünftigen Flächenpräsenz der Telekom Deutschland GmbH Stellung nehmen soll.

Hendrik Hering
Staatsminister

